

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI
NICOLAS BECKMANN

Juni 2008

www.kas.dewww.kas.de/argentinien

Argentinien in Aufruhr – 100 Tage Konflikt

Was für ein trauriges Jubiläum. Der Konflikt zwischen der Regierung und dem „Campo“, der argentinischen Landwirtschaft, erreichte am Donnerstag den 17. Juni 2008 die 100-Tage Marke. Doch schon längst geht es um viel mehr als die unverhältnismäßig hohe Anhebung der Abgaben auf Exporterlöse, die am 11. März 2008 den Beginn des Konflikts markierte¹. Die Maßnahmen der Regierung Kirchner zur Durchsetzung ihrer Interessen spalten die Bevölkerung und sorgen für landesweite Protestaktionen, die stark an das Szenario von 2001 erinnern, als die Proteste in Buenos Aires die Regierung De la Rúa stürzten.

Nachdem vor einigen Tagen im gesamten Land argentinische Sicherheitsbeamten versuchten, die Blockaden der Farmer und neuerdings auch der Lastwagenfahrer auf mehreren Autobahnen des Landes gewaltsam zu durchbrechen und so die Durchfahrt wieder herzustellen, kam es zu einer Welle von Protesten der urbanen Bevölkerung. In Form von „cacerolazos“, dem Aufeinander-schlagen von Kochtöpfen, strömten in der Hauptstadt Buenos Aires wieder Massen von Bürgern auf die Straßen, um ihre Solidarität mit dem „Campo“, aber vielmehr ihrem Unmut über die Methoden der Regierung Ausdruck zu verleihen. Auch in anderen Großstädten des Landes wurde demonstriert. Am darauf folgenden Montag, einem Feiertag in Argentinien, erreichten die Proteste ihren bisherigen Höhepunkt. Zeitungen berichten von den größten Protestakti-

onen seit der Rückkehr zur Demokratie 1983.

Die Regierung Kirchner reagierte wie gewohnt ignorant und versuchte wieder einmal ihre Anhänger zu mobilisieren. Vor dem Regierungsgebäude auf der „Plaza de Mayo“ fand ein weiterer Festakt der „Partido Justicialista“ (PJ), der peronistischen Partei, statt. Wie lange wird die Regierung ihr riskantes Spiel weiterführen können? Die Bauern und neuerdings auch die Lastwagenfahrer, blockierten 3 Monate im gesamten Land wichtige Straßenverbindungen. Dadurch kam nicht nur der Verkehr teilweise zum Stillstand, sondern in vielen Teilen des Landes mangelte es bereits an Treibstoffen für Fahrzeuge und Nahrungsmitteln. Besonders Fleisch und Milchprodukte wurden knapp. Fast alle Wirtschaftszweige des Landes waren von dem Streik betroffen, was bereits zu ersten Entlassungen geführt hat. Des Weiteren steigt die Inflation rapide, während der Konsum, sowie das Wirtschaftswachstum nachlassen. Aus Angst vor einer Währungskrise kaufen die Argentinier fleißig amerikanische Dollar, was schon bald zu Zahlungsengpässen der Banken führen kann. Das „image“ der Präsidentin befindet sich nach Meinungsumfragen im freien Fall. Während sie noch im Januar ein Positivimage von 56% verbuchen konnte, liegen ihre Sympathiewerte mittlerweile bei 20%.

Der Campo präsentiert sich nach wie vor geschlossen und optimistisch. „Wenn es nötig ist, machen wir 100 Tage weiter“, so der populäre Wortführer des „Campos“, Alfredo de Angeli, in der Presse. Nicht nur die Argentinier fragen sich mittlerweile, wie ein Disput über zu hohe Exportabgaben, sich zu einer landesweiten Krise ausweiten kann.

¹ Über den Hintergrund des Konflikts: http://www.kas.de/wf/doc/kas_13775-544-1-30.pdf

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI
NICOLAS BECKMANN

Juni 2008

www.kas.de

www.kas.de/argentinien

Vergebene Chance

Möglichkeiten zum Dialog und zur Lösung des Streits, gab es im Verlauf des Konflikts mehrere. Nachdem der „Campo“ seinen zweiten Streik am 19.5.2008 vorübergehend aussetzte, fand ein Treffen zwischen Vertretern der Regierung sowie den Vertretern des Agrarsektors statt. Das für den 22.5. angesetzte Treffen, endete jedoch ergebnislos. Die Regierung weigerte sich vor dem Hintergrund der geplanten Massenmobilisierung des „Campo“ in Rosario, der zweitwichtigsten Stadt des Landes, anlässlich des Nationalfeiertags, des Tages der Revolution, über eine Verminderung der Exportabgaben zu diskutieren. Die Regierung argumentierte, man lasse sich nicht erpressen, weder von einem Streik, noch von einem Festakt. Die Konfliktparteien beschuldigten sich gegenseitig für das Scheitern und der „Campo“ kündigte weitere massive Proteste in Rosario an. Des Weiteren bezeichnete die Regierung die Demonstrationen als „oppositionellen Akt“, mit der Intention die Bauern als Antidemokraten und Putschisten zu positionieren. Auch die Regierung nutzte die Gelegenheit des Nationalfeiertags, um ihre Anhänger in der Provinzhauptstadt „Salta“, im Norden des Landes, um sich zu scharen.

2 Festakte

Die Veranstaltung der Landwirte in Rosario setzte ein deutliches Zeichen. 200.000 Unterstützer des „Campo“ strömten nach Rosario, um gegen die Erhöhung der Abgaben für Exportüberschüsse zu demonstrieren, darunter fast die gesamte politische Opposition, die sich geschlossen mit dem „Campo“ solidarisch erklärte. Die Vertreter der vier großen Agrargesellschaften, sowie der beliebte und charismatische Wortführer der kleinen und mittleren Produzenten, de Angeli, äußerten in ihren Ansprachen harte Kritik an der Regierung.

In Salta versammelten sich ungefähr 50.000 Unterstützer der Regierung, um die Präsidentin, Cristina Fernández de Kirchner und ihren Aufruf zur nationalen Einigung zu hören. Im Vorfeld hatte die Präsidentin einen Rückschlag hinnehmen müssen. Eines

ihrer großen Ziele war es, am Tag der Revolution einen landesweiten Sozialpakt zu verkünden. Dieser musste jedoch aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Situation und dem Konflikt mit dem „Campo“, auf unbestimmte Zeit „verschoben“ werden. Der Konflikt wurde in ihrer Rede kein einziges Mal erwähnt.

Das Klima verschlechtert sich

Am darauf folgenden Tag entschied sich die Regierung, als Reaktion auf die massiven Proteste, ihre Haltung gegenüber dem „Campo“ zu verschärfen. Sie erteilte dem geplanten Dialog mit den Vertretern der vier Agrargesellschaften eine Absage. Die Rückkehr des „Campo“ in den Streikzustand verwunderte daher wenig. Wie zuvor wurden Straßensperren errichtet, um zumindest Getreidetransporte zu verhindern und den Export von Getreide zu unterbinden. Mit dieser Strategie versuchte der „Campo“ der Regierung direkt zu schaden und zugleich den ungewollten Effekt einer Unterversorgung der Stadtbevölkerung zu vermeiden. Der Regierung gingen wichtige Exporterlöse verloren, während ein Großteil der Nahrungsmittel weiterhin seinen Weg in die Städte fand.

Neben der politischen Opposition forderten nun auch immer mehr gesellschaftliche Akteure die Konfliktparteien auf in den Dialog zu treten. Besonders die Kirche äußert sich zunehmend kritisch über die starre Haltung der Regierung und fordert vom Staat Gesten der Verhandlungsbereitschaft. Auch die mutmaßliche Fälschung von Statistiken über die Armut in Argentinien seitens der Regierung wurde von den katholischen Bischöfen scharf kritisiert. Meinungsumfragen zeigten ein deutliches Unverständnis für die Absage der Regierung an den Dialog. Laut einer Erhebung der zweitgrößten Tageszeitung „La Nación“ vom 27.5.2008, hielten 92,39% der Teilnehmer die Haltung der Regierung für unzumutbar. Auch innerhalb der peronistischen Partei wuchs die Anzahl der kritischen Stimmen am Führungsstil der Regierung Kirchner. Zwar eher leise und moderat, aber dennoch spürbar.

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI

NICOLAS BECKMANN

Juni 2008

www.kas.de

www.kas.de/argentinien

Als Antwort auf den zunehmenden öffentlichen Druck verkündete der Kabinettschef Alberto Fernández, ohne jegliche Verhandlungen mit dem Agrarsektor, am 29.5. stolz eine Senkung der Abgaben für die Exportüberschüsse von Soja und anderer Agrarprodukte: Sollte der Preis auf dem Weltmarkt für eine Tonne Soja US\$ 750 übersteigen, dürfen die Abgaben der Exportüberschüsse 52,7% nicht überschreiten (zuvor waren es 58,5%). Da der jetzige Preis bei ca. US\$ 480 für eine Tonne Soja liegt, hat das „Entgegenkommen“ der Regierung für die Landwirte zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keinen Effekt und bezieht sich nur auf Märkte der Zukunft. An der fatalen Lage für die kleinen und mittleren Produzenten ändert sich nichts. Die Regierung erhoffte sich, diesen Schritt in der Öffentlichkeit als Entgegenkommen an die Produzenten verkaufen zu können. Der öffentliche Druck auf die Regierung konnte durch diese Maßnahme jedoch nicht entschärft werden. Sowohl der „Campo“, als auch die Öffentlichkeit forderten nach wie vor einen direkten Dialog der beiden Konfliktparteien, den die Regierung nach wie vor ablehnte.

In der Zwischenzeit wird immer deutlicher, wer der eigentliche Architekt der Regierungspolitik ist. Der Präsident des „Partido Justicialista“, ehemaliger Staatschef und Ehemann der Präsidentin, Néstor Kirchner, trifft sich täglich mit Parteifunktionären, Wirtschaftsvertretern und Anführern der regierungstreuen „Piquetero-Organisationen“ im Sitz seiner Partei. Vor Parteifunktionären und Wirtschaftsvertretern rechtfertigt er den harten Kurs der Regierung, während er mit den „Piquetero-Chefs“ eine Mobilisierung diskutiert. Auch Kirchners Rhetorik wird immer konfrontativer. Der „Campo“ plane einen Staatsstreich gegen die Demokratie. Die Präsidentin äußerte sich weiterhin nicht zum Konflikt.

Nachdem die Konfliktparteien weiterhin durch gegenseitige Provokationen anstelle von Dialog und Rationalität auf sich aufmerksam machten und der „Campo“ abermals seinen Streik verlängerte, bestimmte seit dem 4. Juni ein neuer Akteur den Konflikt. Um den Druck auf die Konfliktparteien zu verschärfen entschieden sich die Fuhrunternehmer, welche große geschäftliche Verluste zu verzeichnen haben, im gesamten Land eine Vielzahl von Straßen und Autobahnen komplett zu blockieren. Anders als beim Protest der Bauern waren ein Erliegen des Verkehrs und eine Unterversorgung in den Städten explizites Ziel der Aktion. Die Transportunternehmen des Getreidesektors sind von dem Konflikt am schwersten betroffen. Nicht nur werden durch die Straßensperren ihre Transporte verhindert, durch den Protest kommt auch in vielen Teilen des Landes die landwirtschaftliche Produktion zum Erliegen. Die Lastwagenfahrer sind jedoch von den Transporten zur Erntezeit abhängig und haben dementsprechend seit Beginn des Konflikts kaum Arbeit und finanzielle Schwierigkeiten. Da es den Konfliktparteien von alleine nicht gelang miteinander zu verhandeln, wollten die Lastwagenfahrer die beiden Parteien durch ein vollständiges Erliegen des Verkehrs und eine Unterversorgung, in allen Teilen des Landes dazu zwingen, den Dialog wieder aufzunehmen. Bisher ging diese Rechnung nicht auf. Sowohl die Regierung als auch die Vertreter des „Campo“ bezeichneten die Aktion der Lastwagenfahrer als gerechtfertigt und gaben sich gegenseitig die Schuld für die Ausweitung der Krise. Die Folgen dieses neuen Streiks sind für Argentinien gravierend.

In vielen Teilen des Landes mangelte es an Treibstoffen und Nahrungsmitteln. Besonders Fleisch und Milchprodukte sind knapp. Durch die Straßensperren kam der Verkehr in vielen Teilen des Landes zum Erliegen. Des Weiteren häuften sich die gewaltsamen Zusammenstöße auf den Landstrassen. Gewalt zwischen argentinischen Sicherheitskräften und Protestanten, zwischen Lastwagenfahrern und Farmern sowie zum Teil zwischen den Lastwagenfahrern untereinander.

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI

NICOLAS BECKMANN

Juni 2008

www.kas.de

www.kas.de/argentinien

der. Die Situation auf den Straßen war angespannt. Trotzdem hielt die Regierung an ihrer starren Haltung fest und ließ verlauten, sie benötige die Abgaben zum Bau von Krankenhäusern, Gesundheitszentren und Wohngebieten.

Der Weg in die Krise

Nachdem zumindest die Farmer ihren Streik für kurze Zeit offiziell aussetzten (in einigen Landesteilen wurde trotzdem gestreikt) um neuen Raum für einen Dialog zu schaffen, gab es auch von der Regierung Gesten zur Dialogbereitschaft. Mit dem Beginn einer Verhandlung hätte auch die Möglichkeit bestanden den Streik des Transportsektors für kurze Zeit aussetzen und eine Unterversorgung, sowie eine soziale und wirtschaftliche Eskalation des Konflikts vorerst zu vermeiden.

Aber wie so oft zuvor kam alles anders. Der Justizminister Anibal Fernández gab den Befehl zur gewaltsamen Durchbrechung der Straßenblockaden. Nachdem sich die Demonstranten kurzzeitig von den Straßen verdrängen ließen, kehrten sie kurze Zeit später gestärkt auf ihre Posten zurück. Dabei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit argentinischen Sicherheitskräften, sowie Verhaftungen. Nahe der Ortschaft „Gualeguaychú“ in der Provinz „Entre Rios“ kam es zu den schwersten Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Gendarmerie, 19 Aktivisten wurden verhaftet. Unter den Festgenommenen war auch, Alfredo de Angeli, Vertreter der Agrargesellschaft „Federación Agraria“ in der Provinz „Entre Rios“ und populärer Anführer des Protests. Die Ortschaft „Gualeguaychú“ gilt seit Beginn des Konflikts als Zentrum des Protests der „Ruralisten“.

Proteste im ganzen Land

Besonders das harte Vorgehen der „Gendarmerie“, sowie die Verhaftung von de Angeli, wurden als Provokation der Regierung wahrgenommen. Die Reaktion in den urbanen Zentren des Landes folgte prompt. Über Kettenmails und Kurznachrichten mobilisierte sich die Stadtbevölkerung in Windeseile zum Protest und rief zu landesweiten „cace-

rolazos“ auf. Das Schlagen von Kochtöpfen, sowie das Hupen von Autos waren an diesem Tag in vielen Landesteilen präsent.

Auch vor der präsidentialen Residenz in „Olivos“, Vorort der Hauptstadt Buenos Aires, wurde demonstriert. Der Protest dauerte bis in die späten Abendstunden an und waren Ausdruck einer anhaltenden Solidarität der Gesellschaft mit dem „Campo“. Der Unmut richtete sich gegen die Regierung und ihren Stil das Land zu verwalten. Vor allem die Mittelschicht der Bevölkerung hat es satt, andauernd falsche Zahlen zur Inflation und unrealistische Armutsstatistiken vorgelegt zu bekommen. Auch der autoritäre Regierungsstil stößt auf Ablehnung. Hohe Richter haben mittlerweile in Frage gestellt, ob die Anhebung der Quellenabgaben für Exporte überhaupt verfassungskonform ist. Neben der Unterversorgung mit Treibstoffen und Nahrungsmitteln, gibt es immer mehr Anzeichen auf eine wirtschaftliche Krise. Der Streik der Bauern und Lastwagenfahrer betrifft fast alle relevanten Wirtschaftszweige des Landes, was Entlassungen zur Folge hat. Die Inflation steigt weiterhin spürbar und zum ersten Mal seit längerer Zeit ist auch ein Rückgang im Wirtschaftswachstum und im Konsum zu verzeichnen. Die Bevölkerung investiert eifrig in amerikanische Dollar, um sich finanziell abzusichern. Schon bald kann es zu Zahlungsengpässen der Banken kommen. All dies sind ähnliche Vorzeichen wie vor der verheerenden Krise im Jahre 2001. Auch die Proteste erreichen mittlerweile ein ähnliches Partizipationsniveau wie 2001.

Nachdem es am Sonntag (15.06.) weitestgehend ruhig blieb, kam es am Montagabend (16.06.), in Argentinien ein Feiertag, zu massiven Protesten in allen Teilen des Landes. Der diesmalige Auslöser waren die Aussagen des Anführers der regierungstreuen „Piqueteros“ und engem Verbündeten Néstor Kirchners, Luis D'Elia, auf einer Pressekonferenz. D'Elia behauptete der „Campo“ plane zusammen mit dem Ex-Präsidenten Eduardo Duhalde, sowie dem Medienkonzern „Grupo Clarín“ einen Staatsstreik gegen die Demokratie. Im gleichen Atemzug rief er seine Anhänger auf, sich für den kommenden Mittwoch zu mobilisieren, um die Demokratie Argentinien zu vertei-

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI
NICOLAS BECKMANN

Juni 2008

www.kas.de

www.kas.de/argentinien

digen. Der Rahmen der Mobilisierung ist ein erneuter Festakt der „PJ“ auf der Plaza de Mayo. Angeblich waren die Aussagen D'Elías vorher mit Néstor Kirchner abgestimmt worden.

Abermals strömten die Menschen auf die Straßen, diesmal in allen Provinzen des Landes, um die Regierung zum Einlenken zu bewegen. Zeitungen berichten von den größten Protestaktionen seit dem Ende der Militärdiktatur 1983. Vor dem Gebäude der Regierung versammelten sich gewaltbereite Unterstützer der Regierung, um den Regierungssitz zu verteidigen. Teilweise flogen Steine auf hupende Fahrzeuge. Zu größeren Auseinandersetzungen kam es glücklicherweise nicht.

Quo vadis Argentina?

Am folgenden Tag hielten sowohl Néstor Kirchner (in einer Pressekonferenz des PJ), als auch die Präsidenten (während eines Gedenkaktes für die Opfer der bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Jahr 1955) Ansprachen an das Volk. Die Botschaft war die gleiche wie in den Wochen zuvor: Man lasse sich nicht erpressen, der „Campo bedrohe die Demokratie, die Abgaben seien gerechtfertigt und essentiell und man verhandele erst wieder mit dem „Campo“, sobald er kapituliere. Ebenfalls folgte ein Aufruf an alle Argentinier am folgenden Mittwoch zur Plaza de Mayo zu strömen, um die Regierung und die Demokratie Argentinien zu unterstützen. Allerdings versuchte die Präsidentin angesichts der landesweiten Proteste eine Lösung des Problems zu finden, indem sie das umstrittene Gesetz zur Debatte in den Kongress verwies. Eine Lösung ist dies aber nicht, da der Kongress eine solche Regierungsvorlage entweder nur annehmen oder ablehnen kann. Und das Regierungslager hat die Mehrheit im Parlament. Cristina Kirchner aber verkaufte diese Entscheidung als ihren Respekt vor der Institution des Parlamentes. Dies, nachdem jahrelang die demokratischen Institutionen geschwächt wurden.

Das Handeln der Regierung zeigt, dass sie nicht gewillt ist, die Realitäten in ihrem Land anzuerkennen. Denn nicht nur in der

Bevölkerung, sondern auch in ihrer Partei sowie im ihrem eigenen Kabinett schwindet der Rückhalt für die Strategie der Kirchner. Eine Reihe prominenter Parteifunktionäre, Gouverneure und Bürgermeister weigern sich am wie üblich organisierten Zustimmungsfestakt teilzunehmen und äußerten öffentlich ihre Kritik. Der argentinische Vizepräsident Julio Cobos, sprach sich nach den landesweiten Protesten, offen für eine größere Dialog- und Kompromissbereitschaft der Regierung aus.

Der „Campo“ ist dagegen gewillt seinen Protest fortzusetzen, bis die Regierung zu einem Einlenken bereit ist. Auch nach 100 Tagen Protest zeigt der „Campo“ erstaunlich wenige Verschleißerscheinungen. Die Taktik der Regierung, die Farmer hinzuhalten und zu spalten ist fehlgeschlagen und die Bevölkerung hat die ewigen Appelle der Präsidentin satt. Es ist fraglich, ob die zukünftigen Proteste unter diesen Voraussetzungen weiterhin so friedlich bleiben wie bisher.

Nach 100 Tagen Konflikt ist eine Einigung so unwahrscheinlich, wie zu keinem vorherigen Zeitpunkt. Aber der Regierung Kirchner gehen langsam Möglichkeiten und Spielräume aus.

Das Ausmaß dieses Konflikts zeigt, dass Argentinien sich seit der Krise von 2001 nur oberflächlich konsolidiert hat. Die eigentlichen Probleme des Landes liegen im politischen System, den politischen Akteuren, der politischen Kultur und den Machtmechanismen des Landes. Wirtschaftliche Krisen, Inflation und soziale Konflikte, sind lediglich die Auswüchse dieses Systems und nicht die Ursache.

Der Konflikt zeigt aber nicht nur Mängel im demokratischen System und der politischen Kultur des Landes. Mittlerweile hat er zu einer weitgehenden Polarisierung der Gesellschaft geführt. Und letztendlich ist auch nicht zu tolerieren, dass verständliche Proteste in Form größter Störung der öffentlichen Ordnung, zur allgemeinen Praxis geworden sind, oder aber die Regierung selbst und zu ihrem Vorteil, wenn nötig, diese Ordnung außer Kraft setzt.

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI

NICOLAS BECKMANN

Juni 2008

www.kas.de

www.kas.de/argentinien

In der Hoffnung, mit einer sicheren Mehrheitsentscheidung zu Gunsten der Regierungsvorlage rechnen zu können, wurde „der Ball (wie man in Argentinien sagt) auf die andere Seite gespielt“, die Entscheidung nachträglich doch noch ins Parlament verlagert. Generell wird dieser Schritt als Akzeptanz der parlamentarischen Institution begrüßt.

Gleichzeitig aber wurden die regierungstreuen Piquetero-Organisationen und die militante PJ-Jugend aktiviert, um öffentlichen Druck auszuüben. Info-Zelte wurden auf dem Platz vor dem Kongress installiert, der Campo zog mit einem eigenen Zelt nach.

Währenddessen finden in der zuständigen Kommission für Haushalt und Landwirtschaft des Kongresses endlose und teilweise chaotische öffentliche Anhörungen statt. Der Druck der oppositionellen Abgeordneten, das Gesetz zumindest zu modifizieren, steigt.

Und wider Erwarten, scheint auch die geschlossene Front des Regierungsblockes im Parlament und in der genannten Kommission zu bröckeln. Die „Kirchner-Front“ bekommt Risse, die Zustimmung und Disziplin der eigenen Leute angesichts der zugespitzten Situation, ist nicht mehr sicher.

Die Auslöser des Konflikts, die „retenciones móviles“, sind längst nicht mehr der Inhalt. Mittlerweile geht es um das Modell für die Zukunft des Landes. Machtkonzentration, finanzielle Abhängigkeit von der Zentralregierung, manipulierte Rahmendaten und Alleinherrschaft über die Staatskasse auf der einen, freiere ökonomische Entwicklung, Wiederherstellung des föderalen Ausgleichs und Reformen der Institutionen sowie mehr politische Freiheit auf der anderen Seite.

Seit mindestens vier Jahren hat die Regierung vom außergewöhnlichen Wirtschaftswachstum und der anhaltenden Konjunktur profitiert und obwohl das Land sich wirtschaftlich erholt hat, existiert neben den bisher noch nicht beglichenen Altschulden bereits wieder eine bedrohliche Neuverschuldung, eine entscheidende Verbesse-

rung der Verteilung fand nicht statt, die Inflation steigt und internationales Vertrauen für notwendige internationale Investitionen konnte nicht geschaffen werden. Energie- und Treibstoffmangel sind an der Tagesordnung und die innere Sicherheit hat sich verschlechtert.

Warum soll die Gesellschaft Argentinien, außer denen, die vom übertriebenen Subventionssystem abhängen oder profitieren, der Regierung jetzt glauben, dass die angestrebten Mehreinnahmen föderal und im Sinne einer gerechten und sozialen Verteilung eingesetzt werden?

Die Gründe liegen tiefer. Das populistische System stößt an seine Grenzen. Es wird seine Macht bis zuletzt verteidigen und noch geht ihm nicht ganz der Atem aus. Die Tragik ist, dass Argentinien durch die Unfähigkeit zu politischen und sozialen Kompromissen, eine selten da gewesene historische Chance für seine Entwicklung zu verspielen scheint.